



12. THEMENGRUPPE WIRTSCHAFT UND BESCHÄFTIGUNG

- Termin:** 10.06.2003, 18:30 Uhr bis 20:45 Uhr
- Ort:** URBAN- Kompetenz- Zentrum; Lindenauer Markt – Rietschelstraße;
04177 Leipzig
- Gast:** MdB R. Fornahl (SPD) und
MdB G. Weißgerber (SPD) (verhindert)
- Inhalt:** *Was leistet die Politik für Kleine und Mittlere Unternehmen?*

Hr. Basten – Moderator

Begrüßung und Vorstellung der Thematik, z.B.

- Meistertitel / Lockerungen des Meisterzwang im Handwerk
- Ladenöffnungszeiten – Chancen und Probleme
- Bürokratie – Deregulierung von Großmärkten vs. Probleme bei KMU
- Ausbildungsplatzabgabe – Auswirkungen auf und Problem der KMU
- Kündigungsschutz – Knebel der Unternehmensexpansionen
- Kapital / Eigenkapital – Als das größte „Ostproblem“
 - Probleme des Hausbankprinzips bei öffentlichen Finanzierungsprogrammen und damit Zugang zu Kapital

Hr. Fornahl – Bundestagsabgeordneter SPD

- ist seit 1998 Bundestagsabgeordneter und widmet sich vor allem den Themen Verkehrsinfrastruktur und Europapolitik mit EU- Osterweiterung und damit verbundenen Veränderungen in den Grenzregionen, auch für die dort ansässigen KMU
- die Euphorie der „Gründerjahre“ nach der Wiedervereinigung ist verfliegen und die derzeitige Lage für KMU ist sehr angespannt
- der Saldo von Insolvenzen und Neugründungen ist zwar noch positiv aber nicht ausreichend für eine nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Lage
- Unterstreichung der Aktivitäten der Bundesregierung zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für KMU, z. B.
 - Reform des Einkommens- und Unternehmenssteuergesetzes bis 2005
 - Small Business Act mit dem Ziel **Bürokratieabbau** für KMU und Existenzgründer (Steuern, Buchhaltung, Kammern, etc.)



- Betonung, dass neben den bundespolitischen Reformbemühungen auch Kammern, Verbände und verschiedenste Institutionen von Land und Kommune ihren Teil beitragen müssen, so verursachen z.B. die Fragebögen und Statistiken einen Großteil des bürokratischen Aufwandes in Unternehmen
- bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen sind das Handwerk und der kleinstrukturierte Mittelstand vorbildlich
 - in der bundespolitischen Debatte ist **eine Zwangsabgabe für nichtausbildende Betriebe** nur der letzte Ausweg, tendenziell wird eher eine gänzliche Vermeidung dieser Abgabe angestrebt, da z.B. große Probleme darin gesehen werden, dass sich finanzstärkere UN von ihrer Ausbildungspflicht freikaufen und den verantwortungsbewußten ausbildenden UN der eigens ausgebildete Fachkräftenachwuchs entzogen wird
- im Bereich **Kündigungsschutzgesetz** können z.B. über die Regelungen im Small Business Act, nämlich die Möglichkeit zeitlich befristeter Arbeitsverhältnisse mit einer Dauer bis zu 4 Jahren, die strengen Regulierungen bei Einstellungen über fünf ArbeitnehmerInnen hinaus umgangen und damit die unternehmerisch wichtige Flexibilität gewahrt werden
- auf Grund der verschärften **Eigenkapitalsituation** in den FNL durch eine geringere Akkumulationsphase und niedrigere Erträge geben Finanzierungsprogramme von Bund und Ländern Unterstützung, dabei ist die Problematik, dass Hausbanken die zahlreichen Programme nicht umsetzen, bekannt; dies liegt vor allem an der mangelnden Risikobereitschaft und wachsenden Vollkasko mentalität, mit 110%iger Absicherung von Finanzierungsmodellen, der Hausbanken
- eine weitere Hürde in der **Kreditvergabe** wird die Umsetzung der Richtlinien nach dem Abkommen BASEL II darstellen, welche offiziell erst im Jahr 2006 in Kraft treten, aber schon heute von den Kreditinstituten angewandt werden

Hr. Reich – stellvertretender Vorsitzender der Kreishandwerkerschaft

- eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Unternehmen kann vor allem durch eine Erhöhung der Nachfrage aus der Bevölkerung initiiert werden



- die Ausbildung in Handwerksbetrieben ist vor allem auch durch ein hohes Verantwortungsbewußtsein der UN bezüglich der zukünftigen beruflichen Perspektiven der Auszubildenden gekennzeichnet, eine Konsequenz daraus ist u.a., dass die UN wegen der hohen Unsicherheit gar nicht erst ausbilden
- ein weiteres Problem besteht in der Tatsache, dass vor allem neue, auf den gesättigten und nicht nachgefragten Markt strebende, Unternehmen als Existenzgründer hohe öffentliche Förderungen erhalten und damit den Konkurrenzdruck zu weniger von Förderung bedachten Bestandsunternehmen erhöhen, indem sie ihren Vorteil über niedrigere Preise an den Markt weitergeben und damit die Bestandsunternehmen gefährden
- die neue Gesetzgebung im Bereich Kündigungsschutz bewirkt z.B., dass man alle 5 Jahre ein neues Unternehmen gründen müsste, um der Regelung zu entgehen
- Meisterbrief bedeutet hohe Qualifikation bedeutet hohe Qualität – muss also erhalten bleiben

Hr. Fornahl

- die bundespolitischen Entscheidungen sind immer auch eingebettet in die Vorgaben der EU, und die Reglementierungen sind vor allem noch in Deutschland sehr hoch
- daneben besteht in der EU grundsätzlich die Niederlassungsfreiheit für UN und Handwerk, Deutschland muss sich dem endlich anpassen und nicht weiter durch Handwerksordnung beschweren
- zur Reform der Meisterbindung für Handwerksbetriebe ist zu sagen, dass die Voraussetzungen, auch ohne Meisterbrief ein Unternehmen zu gründen, sehr hoch sind (z.B. umfangreiche Berufserfahrung in leitender Position und fachspezifische Eignung des Gesellen), und es derzeit schon Möglichkeiten, z.B. über die Gründung einer GmbH, gibt, die nicht zwingend einen Meistertitel zur Führung eines Handwerksbetriebes voraussetzen
- außerdem wäre die Debatte nicht so stark, wenn die wirtschaftliche Situation nicht so angespannt wäre
- weitere beachtenswerte Aspekte sind
 - der Tatbestand der hohen Quote an Schwarzarbeit in Deutschland, hier werden Leistungen in Höhe von ca. 100 Mrd. EURO nachgefragt und umgesetzt



- die hohe Sparquote in der Bevölkerung, welche u.a. auf die hohe Unsicherheit der zukünftigen Entwicklung in Deutschland zurückzuführen ist und
- die damit verbundene Nachfrage nach kostengünstigen Leistungen, die vor allem vor dem Hintergrund der hohen Lohnnebenkosten von „legalen“ Unternehmen nicht wirtschaftlich vertretbar angeboten werden können
- über nötige Flexibilisierung, die die Bundesregierung jetzt anpacken will, soll zum einen mehr Nachfrage geschaffen werden, zum anderen die Lohnnebenkostenstruktur reduziert werden, um den Unternehmen mehr Spielräume in der Preispolitik einzuräumen

Hr. Reich

- wenn in Handwerksunternehmen der Meisterzwang entfällt, dann werden damit die angebotenen Dienstleistungen schlechter und es verringert sich ebenfalls die Qualität der Ausbildung – dies wäre der Todesstoß für das Handwerk
- weiterhin ist zu bedenken, dass durch geringere Preise für dementsprechende geringere Qualität der Konkurrenzdruck für Bestandsunternehmen bis zur Insolvenz führen wird, die damit einhergehende Marktberreinigung in einer Verringerung des Angebotes resultiert und damit wieder steigende Preise erzeugt
- der gute Ruf des meisterlichen Handwerksbetriebes wird aber damit endgültig ruiniert
- im Bereich Finanzierung gestaltet sich die Kreditaufnahme schon für gestandene Unternehmen mit Meisterbrief sehr schwierig, woher soll ein Geselle ohne diese Gütesiegel dann Geld bekommen?
- Ausbildung wird im Handwerk von Unternehmen angeboten, welche im Durchschnitt 5 Jahre existieren, Existenzgründer bilden in aller Regel nicht aus, dies könnte die Nachfolgeproblematik verschärfen

Hr. Thiel – Geschäftsführer der Werbeagentur Thiel&Partner GmbH

- die o.g. Argumente widersprechen zum Teil den Prinzipien der freien Marktwirtschaft, denen sich keiner entziehen kann
- wenn Existenzgründer „pffiffig“ sind, dann stellen sie ein gesunde Konkurrenz für Bestandsunternehmen dar, sind sie das nicht, wirken die Kräfte des Marktes und sie werden wieder verschwinden
- Konkurrenzsituationen sind immer da und sie werden sich im Zuge der EU- Osterweiterung noch verstärken



- bezeichnet die derzeitige Situation in Deutschland als „Land der eingeschlafenen Füße“
- Beispiel für Reglementierung und Bürokratisierung ist u.a. auch in dem Umstand zu sehen, dass derzeit die Insolvenzumlage höher ist als der Beitrag für die Berufsgenossenschaft
- Kammerzwangsmitgliedschaft muss abgeschafft werden, da sie nicht mehr zeitgemäß ist

Hr. Malok – XS M.Malok KG

- wünscht die Thematisierung von lokalpolitischen und hier speziell „urbanen“ Interessen, vor allem abzielend auf die Unterstützung seines einzelbetrieblichen Vorhabens, weniger die bundespolitischen Aktivitäten

Hr. Basten

- das Thema der heutigen Themengruppe sind aber die bundespolitischen Rahmenbedingung für KMU und nicht besondere URBAN- Interessen
- Angebot weiterer persönlicher Gespräche außerhalb der heutigen Veranstaltung

Hr. Zimmermann – Vorsitzender der IG Lindenauer Markt

- Forderung nach mehr Unterstützung für ExistenzgründerInnen, aber auch für Bestandsunternehmen
- sieht den Meisterbrief als Qualitätssiegel, auch und vor allem nach einer Nivellierung der bestehenden Vorschriften
- Unterstützung für den Einzelhandel gefordert, hier speziell die Problematik der Wiederbelebung der Passage zwischen Lindenauer Markt und Odermannstraße wegen überzogener Mietforderungen des Eigentümers

Hr. Basten

- der Politik mangelt es an Glaubwürdigkeit, verschärft durch die Informationspolitik der Verantwortlichen, die im Tagesrhythmus neue Verunsicherungen schaffen
- Forderung nach dem Aufzeigen von Perspektiven und Visionen, welche Klarheiten schaffen, auf deren Grundlage sich der Einzelne positionieren kann

Hr. Fornahl

- bestärkt die Einschätzung, dass der Meisterbrief ein Qualitätssiegel ist und weiterhin sein wird



- für die Anfrage des Hr. Malok Angebot der persönlichen Verwendung für seine Belange
- die Zwangsmitgliedschaft in den Kammern steht derzeit ebenfalls auf dem Prüfstein und wird z.B. für Existenzgründer im Small Business Act mit gelockert, aber auch für Bestandsunternehmen wird es Veränderungen geben
- Die Förderung von Existenzgründern ist belegt durch ein sehr hohes Transfervolumen von Bund und Ländern an diese Zielgruppe, problematisch sind aber vor allem die Anforderungen der Hausbanken (Sicherheiten, etc.)
- große Chancen liegen in diesem Bereich vor allem bei der neu geschaffenen Mittelstandsbank und deren Angeboten

Hr. Loh – IG Plagwitz

- sieht das größte Problem der Fördermittelvergabe im Hausbankprinzip
- regt an, die durch die Fusion zur Mittelstandsbank frei gewordenen Ressourcen für eine direkte Antragstellung unter Ausschluss der Hausbank einzusetzen

Hr. Fornahl

- die Probleme sind neben den geringen Margen, die das Fördermittelgeschäft wirtschaftlich uninteressant machen, auch die hohe Risikoscheu der Kreditinstitute
- Bund und Länder müssen die Bürgschaftsregelungen neu ordnen, am Ende kann aber kein UN oder Handwerker gänzlich ohne Risiko agieren

Hr. Zimmermann

- über das Thema Sonderabschreibungen sollte dringend nochmals informiert werden, da diese Regelungen auslaufen

Hr. Fornahl

- betont, neben den bundespolitischen Aktivitäten die Wichtigkeit lokaler Rahmenbedingungen für KMU, beispielhaft dafür ist die Entwicklung des Lindenauer Marktes
- weiterhin ist, neben allen Schwierigkeiten, die eigentliche wirtschaftliche Lage besser als die verbreitete Stimmung

Hr. Scheibler – Amt für Wirtschaftsförderung der Stadt Leipzig

- zum Thema Leerstand kommt verschärfend hinzu, dass es für Unternehmen steuerliche Anreize gibt, Immobilien zu überhöhten Preisen anzubieten und damit nicht zu vermieten



- zur Vermeidung von Schwarzarbeit kann weder nur die offizielle Kontrolle noch die Beschneidung sozialer Transferleistungen effektiv wirken – sinnvoller wäre eine Kombination beider Instrumente

Hr. Fornahl

- die Bundesregierung hat die o.g. Probleme erkannt und darauf mit ihrem Steuervergünstigungsabbaugesetz reagiert, allerdings hat dieses Gesetz keine Mehrheit im Bundesrat gefunden und ist an den Vermittlungsausschuss zurück verwiesen worden, diese Regelungen sollten ab 2004 Mehreinnahmen von 17 Mrd. EUR aus der Körperschaftsteuer und durch Vergünstigungsabbau bei denen, die nicht zu den Armen zählen, erbringen,
- das Thema Verlustverrechnung zu 100% sollte durch dieses Gesetz ebenfalls angepackt werden, für eine Verlustverrechnung von 50% gab es keine Mehrheit im Vermittlungsausschuss,
- bis zum Jahresende sollen über den jetzigen Kompromiss hinaus, der ab 2004 Mehreinnahmen i.d.H.v. 4 Mrd. EUR bringt, weitere Übereinstimmungen mit der Opposition gefunden werden
- im Bereich der Schwarzarbeit versucht die Bundesregierung über neue Anreizsysteme, wie Mini- Job- Regelungen oder Arbeitslosengeld II, dem Trend entgegen zu wirken und legale Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt zu fördern
- dass diese Instrumente nicht binnen kürzester Zeit Erfolge zeigen, darf aber nicht bedeuten, dass man lieber gar nichts anpackt, man muss sie wirken lassen und dann auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen

Hr. Reich

- fragt nach dem Zeitraum dieses gewünschten Abwartens

Hr. Fornahl

- betont, dass der parlamentarische Prozess einer Demokratie Zeit braucht und dass auch hier die Wünsche und Forderungen von Interessensverbänden, Gewerkschaften und anderen Lobbyisten Einfluß nehmen

Dr. Hentschel – IES Leipzig

- wünscht sich die vermehrte Herausstellung von Erfolgen der Bundespolitik und nicht immer nur Verteidigungshaltungen derer Repräsentanten



Hr. Fornahl

- die Schwierigkeit liegt vor allem darin, dass die Stimmung im Lande wesentlich durch die Medien bestimmt wird und die Bundesregierung nicht in diesem Maße die Möglichkeit hat, ihr Engagement zu dokumentieren
- es gibt eine Vielzahl an Broschüren und Dokumentationen, die aber nur einen geringen Bruchteil der Bevölkerung erreichen
- daher ist zum einen die Vor-Ort- Präsenz der Volksvertreter, wie in der heutigen Veranstaltung, wichtig, auf der anderen Seite können Kammern, Verbände und andere Institutionen Positives kommunizieren

Hr. Basten

Nach den vielen Fragen, Wünschen und Anregungen an Sie, möchte ich Sie fragen, welchen Wunsch Sie an die Teilnehmer der Themengruppe und die Unternehmen haben?

Hr. Fornahl

Sprechen Sie die Probleme an! Teilen Sie mir ihre Sorgen und Wünsche mit! Ich biete Ihnen im Rahmen meiner Möglichkeiten Hilfe an und verwende mich gern persönlich für Sie und sei es nur eine Tür, die ich für Sie öffnen kann! Rufen Sie mich an, schreiben Sie einen Brief oder eine Email. Gern komme ich auch in einem halben Jahr wieder zu Ihnen und diskutiere mit Ihnen alte und neue Probleme und reflektiere mit Ihnen die Veränderungen seit unserem heutigen Treffen!

Kontaktdaten:

Rainer Fornahl – Mitglied des deutschen Bundestages

Brühl 34-50;

04109 Leipzig

Telefon: 0341/9902081

Email: rainer.fornahl@wk.bundestag.de

Hr. Basten

Vielen Dank Herr Fornahl, dass Sie sich diesem Auditorium gestellt haben. Gerne werden wir Ihr Angebot in Anspruch nehmen und Sie wieder einladen.

Bitte nehmen Sie drei wichtige Anforderungen mit:

1. Kaufkraft aktivieren, aber nicht „nur“ über den Wettbewerb
2. Zugang zu Kapital vereinfachen, um dem eigentlichen Ostproblem (Eigenkapitalquote) der Unternehmer entgegen zu wirken
3. In der Förderpolitik bietet URBAN eine wirkungsvolle Alternative unter dem Aspekt, dass Bestandsunternehmen ebenso gefördert werden, wie Existenzgründer.

aufgestellt von Steffen Landschreiber * Leipzig, den 19.06.2003